



Finanzhilfen für die Vermittlung der Erkenntnisse aus der Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (FSZM) vor 1981

gemäss Artikel 15 des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG)

Wegleitung

Version vom 4. April 2025

Inhalt

1. Ausgangslage und Ziel	1
2. Die Finanzhilfen kurz erklärt	2
2.1 Welche Projekte können gefördert werden?	2
2.2 Wer kann Finanzhilfen beantragen?	3
2.3 Für welche Kosten können Finanzhilfen beantragt werden?	3
3. Projekteingabe	3
3.1 Vorgespräch	3
3.2 Gesuchsunterlagen	3
3.3 Einreichungsfrist und -adresse	4
4. Gesuchsprüfung	4
4.1 Entscheid	4
4.2 Priorisierungskriterien	4
5. Auszahlung	4
6. Berichterstattung und Evaluation	5
7. Kontakt	5
Anhang: Rechtliche Grundlagen	5



1. Ausgangslage und Ziel

Das **Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG)**¹ ist die Grundlage für die individuelle und gesellschaftliche Aufarbeitung der FSZM. Es umfasst insbesondere die Ausrichtung eines Solidaritätsbeitrages an Betroffene und ihre Unterstützung durch kantonale Anlaufstellen sowie die wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik.

Daneben legt es in **Artikel 15 Absatz 4** fest, dass der Bund für die «**Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung**» zu sorgen hat. Zuständige Stelle für diese Verbreitung und Nutzung (Valorisierung) ist das Bundesamt für Justiz (BJ). Diesen Gesetzesauftrag (Art. 15 AFZFG) wird das BJ in den Jahren 2023-2028 mit einer breiten Palette an Informations-, Vermittlungs- und Sensibilisierungsangeboten wie z.B. eine umfassende thematische Web-Plattform, eine Wanderausstellung, Weiterbildungen oder Angebote für Schulen umsetzen.² Ergänzend dazu kann das BJ für die Jahre 2024-2028 Finanzhilfen gewähren.

Die Gewährung von Finanzhilfen richtet sich an den **übergeordneten Zielen der Valorisierung**³ aus:

Gegen das Vergessen	Die Valorisierung versteht sich als Beitrag zu einer nachhaltigen Erinnerungsarbeit. Sie zielt darauf hin, das Thema sichtbar und bekannt zu machen und das kollektive Gedächtnis für die Geschichte und die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 zu fördern.
Das Heute verstehen	Die Valorisierung trägt dazu bei, die gesellschaftlichen Folgen und Auswirkungen der damaligen fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen auf die heutige Situation der Opfer und die heutige Fürsorgepraxis zu verstehen und sichtbar zu machen.
Lernen für die Zukunft	Die Valorisierung trägt dazu bei, aus der Vergangenheit Lehren für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu ziehen (Orientierungswissen). Sie fördert den Brückenschlag zwischen Vergangenheit und Gegenwart sowie zwischen Wissenschaft und Praxis und möchte Bezüge zu gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen und Fragestellungen herstellen.

Zur Umsetzung dieser Ziele der Valorisierung soll ein möglichst **breites und vielfältiges Vermittlungsangebot** zur Verfügung stehen, um die Schweizer Bevölkerung sowie verschiedene spezifische Zielgruppen über die Thematik FSZM zu informieren und zu sensibilisieren. Insbesondere sollen auch alle Sprachregionen erreicht werden.

Unter **Vermittlung** verstanden werden alle Aktivitäten bei denen Menschen in einer für sie verständlichen und ansprechenden Form über wissenschaftliche und gesellschaftliche Erkenntnisse informiert werden und die es ihnen gleichzeitig ermöglichen, einen Bezug des Themas zu ihrer eigenen Lebenswelt und Orientierungswissen für ihr eigenes Handeln herstellen zu können.

Ziel der Finanzhilfen nach Art. 15 AFZFG ist es, das bereits bestehende Vermittlungsangebot sowie die laufenden und geplanten Aktivitäten des Bundes und weiterer Akteure zur Vermittlung der Thematik FSZM sinnvoll und angemessen zu **ergänzen**, indem **zusätzliche Vermittlungsprojekte Dritter gefördert** werden.

¹ <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2017/145/de>

² <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/fszm/valorisierung.html>

³ <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/gesellschaft/fszm/valorisierung/konzept-valorisierung-fszm.pdf.download.pdf/konzept-valorisierung-fszm-d.pdf>



2. Die Finanzhilfen kurz erklärt

2.1 Welche Projekte können gefördert werden?

Die Finanzhilfen können für Projekte ausgerichtet werden, welche die **Vermittlung der Erkenntnisse aus der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Aufarbeitung der FSZM** zum Inhalt haben, den übergeordneten Zielen der Valorisierung entsprechen und das bestehende Vermittlungs-Angebot auf sinnvolle und angemessene Weise ergänzen.

Das Projekt kann sich sowohl an ein breites Publikum richten oder auch an eine spezifische **Zielgruppe** (z.B. Jugendliche oder besondere Berufsgruppen). Das Projekt soll zudem eine gewisse **Breitenwirkung** (geographisch oder in Bezug auf das erreichte Publikum) entfalten.

In Bezug auf das **Format**, kann es sich um Projekte verschiedenster Art handeln, welche den in Art. 15 Abs. 5 AFZFG genannten **Förderbereichen** zugeordnet werden können. Dies können z.B. sein:

AFZFG	Umsetzungsbeispiele
Medienproduktionen	• Audiovisuelle Medien (Dokumentar- und Spielfilme, Musik) • Digitale Plattformen (Internetplattformen, Websites) • Produkte auf sozialen Medien (Instagram, TikTok etc.) und Videoportalen (You Tube) • Publikationen (Sachbücher, Bilderbücher, Graphic Novels / Comics) • Bühnenproduktionen (Theater und Musik)
Ausstellungen	• (Temporäre) Sonderausstellungen sowie Dauerausstellungen • Stationäre Ausstellungen sowie Wanderausstellungen
Vorträge	• Tagungen, Netzwerk- oder Dialogveranstaltungen etc. • Aus- und Weiterbildungen • Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen (z.B. Schulbesuche) • Stadtrundgänge
Lehrmittel	• Unterrichtsmaterialien

Forschungsvorhaben werden nicht mit den Finanzhilfen unterstützt.

Finanzhilfen werden nur für **Vorhaben mit Projektcharakter**, d.h. für Vorhaben mit einem klar definierten Anfang und Ende ausgerichtet. Zudem soll die **Gewinn-Orientierung** des Projekts nicht im Vordergrund stehen.

Da die Finanzhilfen bis am 31. Dezember 2028 befristet sind, können nur Projekte unterstützt werden, die **spätestens per 30. September 2028** abgeschlossen sind.

Im Übrigen steht die Gewährung der Finanzhilfen durch das BJ unter dem Vorbehalt, dass die finanzverantwortlichen Organe des Bundes jährlich die notwendigen Kredite bewilligen.



2.2 Wer kann Finanzhilfen beantragen?

Ein Gesuch einreichen können i.d.R. **nicht-gewinnorientierte Organisationen** mit Sitz in der Schweiz. Ausnahmsweise können auch Einzelpersonen Gesuche einreichen. Kantone können keine Projektträgerschaft sein und Finanzhilfen beantragen.

2.3 Für welche Kosten können Finanzhilfen beantragt werden?

Als Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung gilt, dass das geplante Vermittlungsprojekt ohne Finanzhilfe nicht oder nicht hinreichend umgesetzt oder durchgeführt werden könnte.

Die beantragten Finanzhilfen können bis zu **75 Prozent** der anrechenbaren Gesamtkosten des Projekts decken. Die Gesamtkosten eines Projekts umfassen sämtliche Kosten über die gesamte Projektdauer. Dazu gehören insbesondere Kosten für:

- Personal,
- Honorare (für externe Mandate),
- Reisespesen,
- Promotionsmassnahmen,
- Material sowie
- Infrastruktur.

Mindestens **25 Prozent** der angerechneten Gesamtkosten sind durch die Projekt-Trägerschaft und Drittmittel (jedoch keine Bundesmittel) zu tragen oder durch Einnahmen aus der Umsetzung des Projekts (z.B. Ticketeinnahmen, Buchverkaufspreis etc.) zu generieren.

Projekte, deren primäre Anliegen in einen Bereich fallen, für welchen **andere Finanzhilfen des Bundes** zur Verfügung stehen, sind gehalten, von diesen Bundesstellen Finanzhilfen zu beanspruchen.

Die Finanzhilfen können grundsätzlich **nicht rückwirkend** beansprucht werden. D.h. durch die Finanzhilfen können nur Kosten für zukünftige Leistungen übernommen werden. Bereits entstandene Konzeptions- und Planungskosten können jedoch bis max. ein halbes Jahr zurück (d.h. vor dem offiziellen Eingabetermin) ins Finanzhilfegesuch integriert werden. Diese Kosten sind jedoch dem Finanzierungsanteil der Projektträgerschaft zuzurechnen.

Nebst Art. 15 AFZFG sind auch die Bestimmungen des Bundesgesetzes über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SuG⁴: insbesondere 3. Kapitel) massgebend.

3. Projekteingabe

3.1 Vorgespräch

Bevor ein Projekt eingegeben und die Gesuchsunterlagen ausgefüllt werden, wird eine erste Kontaktaufnahme und allenfalls ein Vorgespräch mit den zuständigen Personen im BJ empfohlen. Diese Vorkontakte sind freiwillig. Sie ermöglichen es jedoch, wichtige Hinweise zur Vorbereitung und Eingabe eines Gesuchs zu erhalten.

3.2 Gesuchsunterlagen

Gesuche um Finanzhilfen für Vermittlungsprojekte sind nach Möglichkeit auf den dafür vorgesehenen Unterlagen einzureichen. Ein vollständiges Gesuch umfasst folgende Bestandteile:

⁴ https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1991/857_857_857/de



- ☐ Gesuchsformular
- ☐ Budget
- ☐ Falls vorhanden: Projektdossier
- ☐ Statuten oder Organisationsbeschrieb der Trägerschaft

3.3 Einreichungsfrist und -form

Die Gesuche können **ab dem 1. Januar 2024** beim BJ, Fachbereich FSZM, eingereicht werden.

Da die Finanzhilfen bis am 31. Dezember 2028 befristet sind, müssen Projekte **spätestens voraus-**
sichtlich per 31. Dezember 2027 eingegeben werden.

Die Gesuche sind **per Post** und nach Möglichkeit auch per E-Mail einzureichen.

4. Gesuchsprüfung

Auf der Basis der eingereichten Gesuchsunterlagen wird das BJ das Gesuch **prüfen**. Bei Bedarf holt es weitere Auskünfte bei der Gesuchstellerin oder Dritten ein oder fordert fehlende Unterlagen nach.

4.1 Entscheid

Das BJ entscheidet **in der Regel innerhalb von 3 Monaten** über ein Gesuch.

Bei einem **positiven Entscheid** erlässt das BJ eine **Verfügung**, welche den auszurichtenden Finanzhilfebetrug und allfällig zu erfüllenden Auflagen und Bedingungen (wie z.B. Verwendung des Bundeslogos) festlegt.

Kann ein Gesuch nicht bewilligt werden, so wird dies der gesuchstellenden Organisation/Einzelperson schriftlich mitgeteilt. Da auf die Finanzhilfen kein Rechtsanspruch besteht, gibt es grundsätzlich keine Beschwerdemöglichkeit.

4.2 Priorisierungskriterien

Übersteigen die eingereichten Gesuche die für das entsprechende Kalenderjahr verfügbaren Mittel, so priorisiert das BJ Gesuche nach folgenden Kriterien:

- Vielfalt der geförderten Projekte in Bezug auf ihre Zielgruppen oder ihr Format
- Abdeckung der verschiedenen Sprachregionen und geographische Reichweite
- Innovativer Charakter der Projekte
- Breitenwirkung und Promotionsmassnahmen
- Nachhaltigkeit

5. Auszahlung

Der zugesprochene Betrag kann in mehreren **Tranchen** ausbezahlt werden. Die genaue Anzahl und Höhe der Tranchen sowie der Zeitpunkt der jeweiligen Auszahlung werden in der Verfügung festgelegt.

Die **letzte Tranche** der gewährten finanziellen Unterstützung wird in der Regel erst nach Einreichung und Genehmigung des Schlussberichts inkl. der Schlussabrechnung ausgerichtet.



6. Berichterstattung und Evaluation

Dem BJ ist innert sechs Monaten nach Abschluss des Vermittlungsprojekts ein **Schlussbericht inkl. einer Schlussrechnung** abzugeben. Bei mehrjährigen Projekten ist zudem ein **jährlicher Zwischenbericht** über den Stand des Projekts (Projektverlauf und Kosten) einzureichen.

Die Ergebnisse aller Projekte, welche Finanzhilfen erhalten haben, werden zudem in die Evaluation des Gesamtprojekts Valorisierung einfließen. Als Basis dazu dient insbesondere der Schlussbericht.

7. Kontakt

Laura Lämmli, Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin, 058 464 86 48, laura.laemli@bj.admin.ch

Bundesamt für Justiz
Fachbereich FSZM
Bundesrain 20
CH-3003 Bern
Tel. +41 58 462 42 84
E-Mail: sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch

Anhang: Rechtliche Grundlagen

1 - Bundesgesetz vom 30. September 2016 über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG; SR 211.223.13)

Art. 15: Wissenschaftliche Aufarbeitung

¹ Der Bundesrat sorgt für die umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und der Fremdplatzierungen vor 1981.

² Eine unabhängige Kommission befasst sich mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der administrativen Versorgung; dabei berücksichtigt sie auch andere fürsorgliche Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen.

³ Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung werden veröffentlicht. Personendaten werden anonymisiert.

⁴ Die zuständige Behörde sorgt in Zusammenarbeit mit der unabhängigen Kommission und anderen Trägern der wissenschaftlichen Aufarbeitung für die Verbreitung und die Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung.

⁵ Sie kann insbesondere die folgenden Massnahmen fördern:

- a. Medienproduktionen, Ausstellungen und Vorträge zum Thema;
- b. die Aufbereitung in Lehrmitteln der obligatorischen Schule und Schulen der Sekundarstufe II;
- c. die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie der Behörden, Institutionen und Privatpersonen, die nach geltendem Recht mit fürsorglichen Zwangsmassnahmen oder Fremdplatzierungen befasst sind.

2 - Bundesgesetz vom 5. Oktober 1990 über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SuG; SR 616.1).



Aides financières pour les projets de médiation sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (MCFA)

fondées sur l'art. 15 de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA)

Guide explicatif

Version du 4 avril 2025

Contenu

1. Contexte et objectif	1
2. Aides financières	2
2.1 Quels projets peuvent bénéficier d'aides financières ?	2
2.2 Qui peut solliciter des aides financières ?	3
2.3 Quels frais peuvent être prise en compte ?	3
3. Procédure de demande	3
3.1 Entretien préliminaire	3
3.2 Documentation	3
3.3 Dépôt de la demande et délai	4
4. Examen des demandes	4
4.1 Décision	4
4.2 Critère de priorisation	4
5. Versement	4
6. Rapport et évaluation	4
7. Contact	5
Annexe: bases légales	5



1. Contexte et objectif

La loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA)¹ est la base sur laquelle se fonde le travail de mémoire, individuel ou collectif, sur les MCFA. Elle prévoit notamment le versement d'une contribution de solidarité aux personnes concernées, un soutien apporté à celles-ci par les points de contact cantonaux ainsi que l'étude scientifique des MCFA.

L'art. 15, al. 4, précise que la Confédération est l'autorité qui « **veille à la diffusion et à l'utilisation des résultats de l'étude** ». L'Office fédéral de la justice (OFJ) est compétent pour la diffusion et l'utilisation des résultats (valorisation). Pour donner suite à ce mandat légal, l'OFJ entend réaliser de 2023 à 2028 diverses mesures d'information et de sensibilisation, notamment un site web, une exposition itinérante, des formations continues ou encore des offres pour les écoles². L'OFJ peut au surplus verser des **aides financières pour les années 2024 à 2028**.

L'octroi d'aides financières est lié aux **objectifs premiers de la valorisation**³ :

Éviter l'oubli	La valorisation fait partie intégrante d'un travail de mémoire qui se veut durable. Elle vise à mieux faire connaître le sujet, à lui donner de la visibilité et à renforcer la mémoire collective sur l'histoire des MCFA et sur le processus qui l'a mise en lumière.
Comprendre le présent	La valorisation contribue à montrer et à expliquer les conséquences sociétales des MCFA sur la situation actuelle des victimes et sur la pratique actuelle en matière d'assistance
Tirer les leçons pour l'avenir	La valorisation contribue à appliquer les enseignements tirés du passé aux enjeux présents et futurs. En jetant un pont entre le passé et le présent et entre la recherche et la pratique, elle vise à faire des liens avec des questions et défis d'aujourd'hui et de demain.

Pour réaliser ces objectifs, il est prévu de mettre en place **une offre de mesures diversifiée** afin d'informer et de sensibiliser la population suisse et les différents groupes cibles sur le thème des MCFA. Toutes les régions linguistiques sont visées.

La transmission du savoir, appelée également **médiation**, englobe toutes les activités visant à informer des personnes, sous une forme adaptée et compréhensible pour elles, sur des questions scientifiques ou sociétales, et à leur permettre de faire un lien entre le thème traité et leur propre vécu ou savoir, pour qu'elles puissent agir en conséquence.

L'objectif des aides financières fondées sur l'art. 15 LMCFA est de **soutenir des projets de tiers pour compléter** de façon appropriée et utile l'offre de mesures de médiation déjà existantes et les activités de médiation que mènent ou prévoient de mener la Confédération et d'autres acteurs sur le thème des MCFA.

¹ <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2017/145/fr>

² <https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/gesellschaft/fszm/valorisierung.html>

³ <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/fr/data/gesellschaft/fszm/valorisierung/konzept-valorisierung-fszm.pdf.download.pdf/konzept-valorisierung-fszm-f.pdf>



2. Aides financières

2.1 Quels projets peuvent bénéficier d'aides financières ?

Les aides financières sont versées pour des projets qui visent la **transmission des connaissances (médiation) tirées de l'étude scientifique et du travail de mémoire collectif sur les MCFA** ; ces projets doivent répondre aux objectifs principaux de la valorisation et compléter de façon appropriée et utile l'offre de mesures existante.

Les projets peuvent s'adresser à un large public ou viser un **groupe cible** spécifique (par ex. adolescents, groupes professionnels particuliers). Ils doivent en outre avoir **une certaine portée** (portée géographique ou nombre de personnes visées).

Les projets peuvent revêtir différentes **formes**, mais doivent entrer dans l'une des **catégories** définies à l'art. 15, al. 5, LMCFA. Voici quelques exemples :

LMCFA	Exemples
Productions médiatiques	• médias audiovisuels (films, documentaires, musique) • Plateformes numériques (plateformes Internet, sites web) • Contenus des réseaux sociaux (Instagram, TikTok, etc.) et plateformes vidéo (YouTube) • Publications (livres de non-fiction, livres d'images, romans graphiques / bandes dessinées) • Spectacles (théâtres, concerts)
Expositions	• Expositions temporaires ou durables • Expositions itinérantes ou fixes
Exposés	• Réunions, manifestations encourageant le réseautage ou le dialogue, etc. • Formations et formations continues • Témoignages de personnes concernées (par ex. visites dans les écoles) • Visites guidées, parcours didactiques
Manuels scolaires	• Matériel didactique

Les **projets de recherche** ne sont pas soutenus par des aides financières.

Les aides financières ne sont versées que pour des **projets** qui ont un début et une fin clairement définis. De plus, les projets ne doit pas viser en premier lieu une **fin lucrative**.

Les aides financières étant limitées au 31 décembre 2028, seuls des projets se terminant **au plus tard le 30 septembre 2028** pourront être soutenus.

L'octroi des aides financières par l'OFJ est par ailleurs soumis à la condition de l'approbation des crédits correspondants par les organes fédéraux compétents.



2.2 Qui peut solliciter des aides financières ?

Les **organisations à but non lucratif** ayant leur siège en Suisse peuvent déposer une demande. Dans certains cas, des particuliers peuvent eux aussi déposer une demande. Les cantons ne peuvent pas être porteurs de projets et demander des aides financières.

2.3 Quels frais peuvent être prise en compte ?

L'octroi d'une aide financière est lié à la condition que le projet de médiation prévu ne verrait pas le jour ou ne pourrait pas être entièrement mis en œuvre sans le soutien financier en question.

Les aides financières demandées peuvent couvrir **jusqu'à 75 % des frais totaux** du projet qui sont pris en compte. Les frais totaux d'un projet englobent les frais occasionnés sur toute la durée du projet, notamment :

- les frais de personnel,
- les honoraires (pour des mandats externes),
- les frais de voyage,
- les mesures de promotion,
- le matériel et
- l'infrastructure.

Au moins **25 %** des frais totaux du projet qui sont pris en compte doivent être financés par l'organisme responsable du projet ou par des fonds de tiers (hors fonds fédéraux) ou être couverts par les recettes générées par la mise en œuvre du projet (coûts des billets d'entrée, prix de vente du livre, etc.).

S'agissant des projets qui concernent un domaine pour lequel **d'autres aides financières de la Confédération** sont disponibles, il faut solliciter un soutien financier auprès de ces autres services fédéraux.

Les aides financières ne peuvent **pas être demandées rétroactivement**. En d'autres termes, les aides financières peuvent uniquement couvrir les frais de prestations futures. Les frais de conception et de planification des six mois précédant le dépôt de la demande d'aide financière peuvent toutefois être intégrés dans la demande. Ces frais seront imputés à ceux qui doivent être pris en charge par l'organe responsable du projet.

En plus de l'art. 15 LMCFA, les dispositions de la loi sur les subventions ([LSu](#), notamment chap. 3) sont applicables.

3. Procédure de demande

3.1 Entretien préliminaire

Avant de déposer une demande d'aides financières, nous vous recommandons de prendre contact avec de l'OFJ pour un entretien préliminaire les personnes responsables. Cette démarche est facultative, mais elle permet d'obtenir des informations utiles pour la préparation et le dépôt de la demande.

3.2 Documentation

La demande d'aides financières pour un projet de médiation doit si possible être déposée au moyen des documents prévus à cet effet. La demande englobe les éléments suivants :

- ☐ formulaire de demande,
- ☐ budget,
- ☐ dossier de projet, s'il en existe un,
- ☐ statuts ou description de l'organe responsable.



3.3 Dépôt de la demande et délai

Les demandes peuvent être déposées **à partir du 1^{er} janvier 2024** auprès de l'OFJ, unité MCFA.

Les aides financières étant limitées au 31 décembre 2028, le délai pour le dépôt des demandes a été fixé pour l'heure au **31 décembre 2027**.

Les demandes doivent parvenir à l'OFJ par **courrier postal** et si possible également par courrier électronique.

4. Examen de la demande

L'OFJ **examine** la demande sur la base des documents remis. Si nécessaire, il tente d'obtenir des renseignements complémentaires auprès du demandeur ou de tiers ou réclame les documents manquants.

4.1 Décision

L'OFJ rend sa décision en règle générale **dans un délai de trois mois**.

En cas **d'acceptation de la demande**, l'OFJ rend une **décision** fixant le montant de l'aide financière et précisant les charges et conditions éventuelles à remplir (par ex. utilisation du logo fédéral).

En cas de refus de la demande, l'organisation ou le demandeur en sont informés par écrit. Étant donné qu'il n'existe pas de droit légal à l'obtention d'une aide financière, il ne peut pas être fait recours contre la décision de rejet.

4.2 Critères de priorisation

Si la somme des demandes déposées dépasse le montant total à disposition pour l'année en question, l'OFJ priorise les demandes en appliquant les critères suivants :

- existence d'autres projets réalisés sous la même forme ou s'adressant au même public,
- couverture des différentes régions linguistiques ou portée géographique,
- caractère innovateur du projet,
- nombre de personnes visées et les mesures de promotion,
- durabilité.

5. Versement

Le montant alloué peut être versé en plusieurs **tranches**. Le nombre de tranches, leur montant exact et la date de versement seront fixés dans la décision.

La **dernière tranche** sera en règle générale versée après remise et approbation du rapport final et du décompte final.

6. Rapport et évaluation

Un **rapport final** et un **décompte final** doivent être remis à l'OFJ dans les six mois suivant la clôture du projet. Si le projet s'étend sur plusieurs années, un **rapport intermédiaire** informant sur l'état d'avancement du projet (déroulement et coûts) doit être déposé chaque année.

Les résultats de tous les projets ayant obtenu une aide financière seront intégrés dans l'évaluation du projet globale de valorisation. Le rapport final en particulier servira de base à l'évaluation.



7. Contact

Laura Lämmli, Collaboratrice scientifique du projet, 058 464 86 48, laura.laemml@bj.admin.ch

Office fédéral de la justice
Unité MCFA
Bundesrain 20
CH-3003 Berne
Tél. +41 58 462 42 84
Courriel: sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch

Annexe: bases légales

1 Loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA; RS 211.223.13)

Art. 15: Étude scientifique

¹ Le Conseil fédéral veille à ce que les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 fassent l'objet d'une étude scientifique complète.

² Une commission indépendante mène une étude scientifique sur les placements administratifs; elle tient compte ce faisant des autres mesures de coercition à des fins d'assistance et des autres placements extrafamiliaux.

³ Les résultats de l'étude scientifique sont publiés. Les données personnelles sont rendues anonymes.

⁴ L'autorité compétente, en collaboration avec la commission indépendante et les autres organismes responsables de l'étude scientifique, veille à la diffusion et à l'utilisation des résultats de l'étude..

⁵ Elle peut en particulier encourager les mesures suivantes:

- a. les productions médiatiques, les expositions et les exposés;
- b. la présentation des résultats dans les manuels utilisés à l'école obligatoire et dans les écoles du degré secondaire II;
- c. la sensibilisation du public, des autorités, des institutions et des particuliers qui, selon le droit en vigueur, sont chargés de la question des mesures de coercition à des fins d'assistance et des placements extrafamiliaux.

2 Loi fédérale sur les aides financières et les indemnités (loi sur les subventions, LSu; RS 616.1).



Aiuti finanziari per la diffusione delle conoscenze scientifiche emerse dall'elaborazione delle misure coercitive a scopo assistenziale e dei collocamenti extrafamiliari (MCSA)

secondo l'articolo 15 della legge federale sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (LMCCE)

Direttive

Versione del 14 aprile 2025

Indice

2. Gli aiuti finanziari in breve	2
2.1 Quali progetti possono ottenere un finanziamento?	2
2.2 Chi può richiedere un finanziamento?	2
2.3 Per quali costi può essere richiesto il finanziamento?	2
3. Presentazione del progetto	3
3.1 Colloquio preliminare	3
3.2 Documentazione	3
3.3 Termine di presentazione e forma	3
4. Esame della domanda	4
4.1 Decisione	4
4.2 Criteri di priorità	4
5. Pagamento	4
6. Rendicontazione e valutazione	4
7. Contatti	4
Allegato: Basi legali	5



1. Situazione iniziale e finalità

L'elaborazione individuale e collettiva delle MCSA è retta dalla **legge federale sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (LMCCE)**¹, che contempla in particolare il versamento di un contributo di solidarietà alle vittime, la consulenza e il sostegno da parte di servizi di contatto cantonali nonché studi scientifici dedicati.

L'**articolo 15 capoverso 4** impone inoltre alla Confederazione di provvedere «**alla diffusione e all'utilizzo [valorizzazione] dei risultati di tali studi**». Questo mandato legale è affidato all'Ufficio federale di giustizia (UFG), che nel periodo 2023-2028 lo adempirà proponendo un ampio ventaglio di attività di informazione, diffusione e sensibilizzazione, come ad esempio un'esaustiva piattaforma Internet dedicata, una mostra itinerante, formazioni continue o materiale didattico per le scuole². L'UFG può inoltre concedere **aiuti finanziari per gli anni 2024-2028**.

La concessione di aiuti finanziari si ispira agli **obiettivi sovraordinati della valorizzazione**³.

Non dimenticare	La valorizzazione è intesa come un contributo per non dimenticare quanto successo. Il suo obiettivo è quello di rendere visibile e far conoscere il tema, ma anche di promuovere la memoria collettiva della storia e della rielaborazione delle misure coercitive a scopo assistenziale e dei collocamenti extrafamiliari prima del 1981.
Capire il presente	La valorizzazione contribuisce a far capire e rendere visibili le ripercussioni e gli effetti sociali delle misure coercitive a scopo assistenziale e dei collocamenti extrafamiliari del passato sulla situazione presente delle vittime e sull'attuale prassi assistenziale.
Imparare per il futuro	La valorizzazione aiuta a trarre insegnamenti dal passato per le sfide del presente e del futuro (conoscenze orientative). Collega passato e presente, scienza e pratica, evidenziando le relazioni tra sfide e interrogativi presenti e futuri.

Per realizzare tali obiettivi informando e sensibilizzando la popolazione svizzera e specifici gruppi target, s'intende proporre un **ventaglio di attività di diffusione** quanto più **ampio e variegato** possibile, che tenga particolare conto anche di tutte le regioni linguistiche.

Per **diffusione** s'intendono tutte le attività volte a far conoscere, in una forma comprensibile e adeguata, i risultati scientifici e sociali raggiunti. Tali attività consentono ai destinatari di correlare il tema al proprio mondo ispirandoli nelle loro azioni.

Gli aiuti finanziari sottintesi all'articolo 15 LMCCE hanno per **obiettivo di integrare** in modo pertinente e adeguato le attività di diffusione attuali e future della Confederazione e di altri attori, **incentivando ulteriori progetti divulgativi di terzi**.

¹ <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2017/145/it>

² <https://www.bj.admin.ch/bj/it/home/gesellschaft/fszm/valorisierung.html>

³ <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/it/data/gesellschaft/fszm/valorisierung/konzept-valorisierung-fszm.pdf.download.pdf/konzept-valorisierung-fszm-i.pdf>



2. Gli aiuti finanziari in breve

2.1 Quali progetti possono ottenere un finanziamento?

Possono essere concessi aiuti finanziari per progetti che **diffondono le conoscenze scientifiche emerse dall'elaborazione collettiva e scientifica delle MCSA**, sono in linea con gli obiettivi sovraordinati della valorizzazione e integrano in modo pertinente e adeguato le attività di diffusione esistenti.

Il progetto può rivolgersi sia al grande pubblico che a un **target** specifico (p. es. giovani o specifiche figure professionali) e deve produrre un certo **impatto** (in termini geografici o numerici).

Quanto al **formato**, sono ipotizzabili progetti di vario tipo rientranti nei **settori di promozione** citati all'articolo 15 capoverso 5 LMCCE, ad esempio:

LMCCE	Progetti ipotizzabili
Produzioni mediatiche	• Media audiovisivi (documentari e lungometraggi, musica) • Piattaforme digitali (piattaforme Internet, siti web) • Contenuti su social media (Instagram, TikTok, ecc.) e portali video (YouTube) • Pubblicazioni (saggistica, libri illustrati, graphic novel / fumetti) • Produzioni teatrali (teatro e musica)
Mostre	• Mostre temporanee (speciali) e permanenti • Mostre fisse e itineranti
Incontri	• Conferenze, eventi dedicati al networking o allo scambio di informazioni, ecc. • Formazioni e formazioni continue • Testimonianze dirette (p. es. visite scolastiche) • Visite nelle città
Materiali didattici	• Strumenti didattici

I **progetti di ricerca** non sono sostenuti con le sovvenzioni.

Gli aiuti finanziari sono concessi esclusivamente per **attività di tipo progettuale** (con un inizio e una fine ben definiti) senza **scopo di lucro** prioritario.

Poiché gli aiuti finanziari scadono il 31 dicembre 2028, vengono finanziati unicamente progetti da portare a termine **entro il 30 settembre 2028**.

Per il resto la concessione degli aiuti finanziari è vincolata allo stanziamento annuale dei crediti necessari da parte dei competenti organi finanziari della Confederazione.

2.2 Chi può richiedere un finanziamento?

Possono fare domanda le **organizzazioni senza scopo di lucro** domiciliate in Svizzera; in via eccezionale vengono ammesse anche domande presentate da singoli cittadini.

2.3 Per quali costi può essere richiesto il finanziamento?

Gli aiuti finanziari sono concessi soltanto se indispensabili a realizzare del tutto o in parte il progetto di diffusione previsto. I cantoni non possono essere promotori di progetti e richiedere aiuti finanziari.



Gli aiuti finanziari richiesti possono coprire fino al **75 per cento** dei costi complessivi computabili. I costi complessivi di un progetto comprendono la totalità dei costi da sostenere su tutto l'arco del progetto, in particolare:

- le spese per il personale;
- gli onorari (per i mandati esterni);
- le spese di viaggio;
- le misure promozionali,
- i costi per il materiale;
- le spese infrastrutturali.

Almeno il **25 per cento** dei costi complessivi computati dev'essere finanziato dai promotori del progetto e da terzi (ma non con fondi federali) oppure con le entrate realizzate implementando il progetto (p. es. ricavi dalla vendita di biglietti, libri, ecc.).

I progetti i cui obiettivi primari rientrano in un ambito beneficiante di **altri aiuti finanziari della Confederazione** sono tenuti a rivolgersi ai pertinenti servizi federali per un finanziamento.

Non sono ammesse richieste **retroattive**, vale a dire che gli aiuti finanziari possono coprire solo i costi delle prestazioni fornite in futuro. I costi di ideazione e pianificazione già sostenuti possono tuttavia essere integrati nella domanda con retroattività di sei mesi (dal termine di presentazione ufficiale), ma vanno computati nella quota di partecipazione dei promotori del progetto.

Oltre all'articolo 15 LMCCE si applicano anche le disposizioni della legge sui sussidi (LSu; in particolare il cap. 3).

3. Presentazione del progetto

3.1 Colloquio preliminare

Prima di presentare un progetto e compilare i documenti per la domanda, è opportuno contattare i responsabili in seno all'UFG per un eventuale colloquio preliminare. Del tutto facoltativi, questi primi contatti consentono di ottenere importanti informazioni per preparare e presentare la domanda.

3.2 Documentazione

Le domande di aiuti finanziari per progetti di diffusione vanno, per quanto possibile, presentate sugli appositi moduli e corredate della pertinente documentazione. Una domanda completa comprende:

- ☐ modulo di domanda
- ☐ preventivo
- ☐ se disponibile, incarto progettuale
- ☐ statuto o descrizione del promotore

3.3 Termine di presentazione e forma

Le domande possono essere presentate all'UFG, settore MCSA, **a partire dal 1° gennaio 2024**.

Poiché gli aiuti finanziari scadono il 31 dicembre 2028, i progetti andranno **verosimilmente** presentati **entro il 31 dicembre 2027**.

Le domande vanno trasmesse **per posta** e, se possibile, anche per e-mail.



4. Esame della domanda

L'UFG **esamina** la domanda visionando la documentazione pervenuta. All'occorrenza chiede ulteriori informazioni al richiedente o a terzi oppure sollecita documenti mancanti.

4.1 Decisione

Di norma l'UFG decide in merito a una domanda **entro 3 mesi**.

Se **accoglie la domanda**, l'UFG emette una **decisione** che specifica l'entità dell'aiuto finanziario concesso ed eventuali oneri e condizioni applicabili (p. es. utilizzo del logo della Confederazione).

Se una domanda non può essere accolta, il richiedente ne sarà informato per scritto. Tale decisione non è impugnabile poiché il richiedente non può far valere alcun diritto all'aiuto finanziario.

4.2 Criteri di priorità

Se le domande presentate superano i fondi disponibili per l'anno civile, l'UFG fissa le priorità in base ai criteri seguenti:

- varietà dei progetti finanziati in termini di target o di formato
- copertura delle varie regioni linguistiche e portata geografica
- carattere innovativo dei progetti
- impatto e le misure promozionali
- sostenibilità

5. Pagamento

La somma concessa può essere versata **a rate**; il loro numero e importo esatto, come pure la data dei singoli pagamenti sono precisati nella decisione dell'UFG.

L'**ultima rata** dell'aiuto finanziario concesso viene in genere versata una volta presentato e approvato il rapporto finale completo di conteggio finale.

6. Rendicontazione e valutazione

Entro sei mesi dal termine del progetto, all'UFG va presentato un **rapporto finale completo di conteggio finale**. Per i progetti pluriennali va inoltre presentato un **rapporto intermedio annuale** che illustri lo stato dei lavori (avanzamento e costi).

Nel valutare il progetto di valorizzazione verrà inoltre considerato anche l'esito di tutti i progetti che hanno ottenuto aiuti finanziari, sulla base appunto del rapporto finale.

7. Contatti

Laura Lämmli, Collaboratrice scientifica di progetto, 058 464 86 48, laura.laemmlibj.admin.ch

Ufficio federale di giustizia
Settore MCSA
Bundesrain 20
CH-3003 Berna
+41 58 462 42 84
sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch



Allegato: Basi legali

1 - Legge federale del 30 settembre 2016 sulle misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari prima del 1981 (LMCCE; RS 211.223.13)

Art. 15 Studi scientifici

¹ Il Consiglio federale provvede affinché le misure coercitive a scopo assistenziale e i collocamenti extrafamiliari anteriori al 1981 siano oggetto di esaurienti studi scientifici.

² Una commissione indipendente conduce studi scientifici in merito agli internamenti disposti sulla base di una decisione amministrativa; tiene conto anche di altre misure coercitive a scopo assistenziale e dei collocamenti extrafamiliari.

³ I risultati degli studi scientifici sono pubblicati. I dati personali sono anonimizzati.

⁴ L'autorità competente provvede, in collaborazione con la commissione indipendente e gli altri organismi responsabili degli studi scientifici, alla diffusione e all'utilizzo dei risultati di tali studi.

⁵ L'autorità competente può promuovere in particolare:

- a. le produzioni mediatiche, le mostre e gli incontri sull'argomento;
- b. l'inserimento nei materiali didattici della scuola dell'obbligo e delle scuole del livello secondario II;
- c. la sensibilizzazione dell'opinione pubblica, nonché delle autorità, delle istituzioni e dei privati cui secondo il diritto vigente competono le misure coercitive a scopo assistenziale o i collocamenti extrafamiliari.

2 - Legge federale del 5 ottobre 1990 sugli aiuti finanziari e le indennità (Legge sui sussidi, LSu; RS 616.1)